

Gewerbeaufsicht soll weiter auf Landesebene angesiedelt bleiben - Zum Stand der Funktionalreform in Sachsen-Anhalt

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat am 23.12.2008 den Entschluss gefasst, den Entwurf eines 2. Funktionalreformgesetzes zur Aufgabenübertragung vom Land auf die Landkreise dem Landtag vorzulegen. Dieser Gesetzesentwurf wurde am 13. Januar 2009 zur Beschlussfassung in den Landtag eingebracht. Danach wird die Agrarverwaltung und die beim Landesamt für Verbraucherschutz angesiedelte Gewerbeaufsicht nicht, wie ursprünglich vorgesehen, von der Landes- auf die Kreisebene verlagert. Lediglich die Aufgaben zur Durchführung des Gesetzes über die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (EBPG), der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (EnVKV) und der Energieverbrauchshöchstwerteverordnung (EnVHV) sollen von der Gewerbeaufsicht auf die Landkreise übertragen werden. Damit könnte ein über zweieinhalb Jahre währender Reformprozess zum Abschluss gebracht werden.

Der VDGAB hatte sich im Vorfeld aktiv in die Diskussion zur Funktionalreform in Sachsen-Anhalt eingebracht und sich für den Verbleib der Aufgaben des Arbeitsschutzes und der Marktüberwachung in der Landesbehörde ausgesprochen. In persönlichen Briefen an alle Landtagsabgeordneten vertrat der VDGAB die Auffassung, dass nur so die fachliche Kompetenz und das effiziente Wirken dieser technischen Verwaltung bewahrt bleiben.

Auch andere Kritiker einer Aufgabenübertragung von der Gewerbeaufsicht auf die kommunale Ebene hatten im Falle der Gewerbeaufsicht geltend gemacht, dass diese in der jetzigen Struktur anerkannt gut arbeitet. Mit der angedachten Entscheidung des Landtages wird sichergestellt, dass auch weiterhin die Belange des Arbeits- und technischen Verbraucherschutzes in einer Behördenstruktur wahrgenommen werden, die leistungsfähig ist, äußerst wirtschaftlich handelt und ihre Zweckmäßigkeit unter Beweis gestellt hat. Die Übertragung von Aufgaben nach dem EBPG, EnVKV und EnVHV auf die Kreise ist bisher noch nicht umgesetzt worden. Derzeit diskutieren Kreise und Land die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Übertragung der Aufgaben.

Ulrike Kalfa, Landesamt für Verbraucherschutz, Sachsen-Anhalt